



# Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 013-2026  
Vorstossart: Interpellation  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2026.GRPARL.95

Eingereicht am: 27.02.2026

Fraktionsvorstoss: Nein  
Vorstoss Ratsorgan: Nein  
Eingereicht von: Gartenmann (Lauterbrunnen, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein  
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

## Auswirkungen der dynamischen Rechtsübernahme im Bereich des Beihilferechts der EU auf die Gesetzgebungskompetenz des Kantons Bern

Im Gutachten «Die Volksabstimmung über das Paket Schweiz–EU» legt Prof. Dr. Andreas Glarner, Universität Zürich, detailliert dar, dass das geplante EU-Vertragspaket in mehrfacher Hinsicht verfassungsändernden Charakter aufweist. Besonders hervorgehoben werden:

- die dynamische Rechtsübernahme im Bereich der Binnenmarktabkommen
- die Einbindung eines Schiedsgerichts mit EuGH-Beteiligung
- der Vorrang der übernommenen EU-Rechtsakte gegenüber Bundesgesetzen
- sowie die Überwachung kantonaler Beihilfen durch eine Bundesbehörde (WEKO), trotz fehlender verfassungsrechtlicher Kompetenzgrundlagen

Das Gutachten kommt zum Schluss, dass diese Elemente zwingend eine Verfassungsänderung darstellen und damit ein obligatorisches Referendum auslösen müssten.

Für den Kanton Bern ist insbesondere die Frage zentral, ob der Bund mit dem geplanten Beihilfeüberwachungsgesetz (BHÜG) in kantonale Zuständigkeiten eingreift, ohne dass hierfür eine ausreichende Grundlage in der Bundesverfassung besteht.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die konkreten Auswirkungen der vorgesehenen Beihilfenüberwachung auf kantonale Förderinstrumente, kantonale Gesetzgebung, die Autonomie der Gemeinden?
2. Beabsichtigt der Regierungsrat, gegenüber dem Bund eine klare kantonale Position einzunehmen – insbesondere hinsichtlich der Wahrung der kantonalen Zuständigkeiten, der Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Grundlage, der demokratischen Legitimation durch ein obligatorisches Referendum?

Verteiler  
– Grosser Rat